media/rep/

Repositorium für die Medienwissenschaft

Clemens Knobloch

Was sucht (und was findet) der Rechtspopulismus an der Universität?

2019

https://doi.org/10.25969/mediarep/13815

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Knobloch, Clemens: Was sucht (und was findet) der Rechtspopulismus an der Universität?. In: *Navigationen - Zeitschrift für Medien- und Kulturwissenschaften*. Neue Rechte und Universität, Jg. 19 (2019), Nr. 2, S. 25–32. DOI: https://doi.org/10.25969/mediarep/13815.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:467-15750

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:
http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

Terms of use:
This document is made available under a creative commons - Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:
http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

DFG Deutsche Forschungsgemeinschaft

Philipps Universität Marburg

WAS SUCHT (UND WAS FINDET) DER RECHTSPOPULISMUS AN DER UNIVERSITÄT?

VON CLEMENS KNOBLOCH

Der vorliegende Text ist die bearbeitete Version eines Diskussionsbeitrags von Clemens Knobloch im Rahmen der Podiumsdiskussion »Denken Lassen – Meinungen Lassen?«, die am 21.01.2019 an der Universität Siegen stattgefunden hat.

[0] Wenn man einen Sprach- und Kommunikationswissenschaftler fragt, was »Meinungsfreiheit« ist, dann darf man sich nicht wundern, wenn man die Antwort bekommt: ein Wort. In der politischen Kommunikation geht es nicht darum, was ein Wort ist oder wofür es steht. Es geht darum, was man mit dem Wort in der Öffentlichkeit machen kann. Und mit dem Wort ›Meinungsfreiheit‹ kann man einiges machen.

Wozu brauchen die Ideologen des Rechtspopulismus die symbolische Anerkennung durch den akademischen Betrieb, der doch, wie sie nicht müde werden zu behaupten, ein Hort der links-grünen und politisch korrekten Altachtundsechziger-Netzwerke und ihrer Meinungsführerschaft ist?

Die Antwort lautet natürlich: eben gerade deswegen. Weil man die Universitäten (nach dem Vorbild der US-Rechten) zu einem solchen Popanz aufgeblasen hat, unterstreicht es den eigenen Machzuwachs, wenn es gelingt, diesen Popanz als Papiertiger vorzuführen. Tatsächlich ist es eine absurde Behauptung, die seit wenigstens 15 Jahren radikal vermarktlichten, an die Wirtschaftsakteure ausgelieferten Universitäten als Altachtundsechziger-bastionen zu präsentieren. Sie sind, historisch bedingt, bestenfalls noch kulturell imprägniert mit den Ideologien des »progressiven Neoliberalismus«[1], mit politisch korrekten Sprachregeln und einem Prorektorat für Diversität und Vielfalt.

[1] Es ist schon ein Witz – nur leider kein guter. Da stellt sich Marc Jongen, ein akademisch gescheiterter Nachwuchsphilosoph, der bei der AfD untergekommen ist, hin und fordert die »Entsiffung des Kulturbetriebs«, ruft also gewissermaßen zu Säuberungen auf. Das klingt nicht gerade nach Förderung der Meinungsfreiheit. Der Kulturbetrieb? – Das ist eben auch der universitäre Betrieb, in dem er nichts geworden ist. Und in den er sich am Arbeitsgericht einklagen musste, weil seine akademischen Leistungen nicht ausreichten für eine Dauerstellung (das hat natürlich nichts zu besagen, es kann jedem passieren, es zeigt allerdings einen ausgeprägten Willen, zu diesem Betrieb dazuzugehören). Aber offenbar findet er ihn persönlich doch ganz attraktiv. Und just dieser Betrieb (in Gestalt der

1 Fraser: »Für eine neue Linke«.

Siegener Philosophie) lädt ihn ein und verhilft ihm zu akademischen Ehren. Ist das weise, selbstlos oder vielleicht einfach nur dumm? Offenbar genügt es für solche Zwecke, ein Schild vor sich her zu tragen, auf dem ›Meinungsfreiheit‹ steht. Dann zählt es nicht, wenn man öffentlich dazu aufruft, diese Meinungsfreiheit zu zerstören. Lemminge sind eben unbelehrbar.

[2] Meinungsfreiheit: Thilo Sarrazins Bücher haben Millionenauflagen, die beiden Herrschaften tingeln von talk show zu talk show, die Medien sind voll von ihren Thesen und Behauptungen – und trotzdem gelingt es ihnen, an der Öffentlichkeit ein Bild zu erzeugen und zu zirkulieren, wonach der links-versiffte 68er Betrieb sie am Reden hindere – dieser Film läuft vor vollen Sälen und auf allen Bildschirmen. Sprach- und kommunikationswissenschaftlich interessant an diesem Befund ist, dass ›Wahrheit‹ im politischen Raum offensichtlich nicht an empirischen Tatsachen überprüft wird. Sonst würden alle furchtbar lachen, wenn sich die Popstars der öffentlichen Aufmerksamkeit, die bekanntlich den Skandal über alles schätzt, als Opfer von Zensur und Denkverboten in Szene setzen. Was sollen dann die sagen, die an der Öffentlichkeit tatsächlich nicht zu Wort kommen?

Das deutet darauf hin, dass man sich offenbar vor allem als schuldloses Opfer übler Machenschaften präsentieren muss, um die erforderliche Aufmerksamkeit zu bekommen. Anders gesagt: Im edlen Wettbewerb um die öffentlich zuerkannte Opferrolle finden wir inzwischen die AfD auf den vorderen Plätzen.

Wieso funktioniert das? Was macht die Opferrolle für gesellschaftliche Gruppen so attraktiv, die Meinungsmacht aufbauen wollen? Wieso haben wir eine Öffentlichkeit, die in der Hauptsache damit beschäftigt ist, gesellschaftlichen Gruppen den Opferstatus zu- oder abzuerkennen? Niemand will gerne Opfer sein, aber mancher will offenbar sehr gerne als Opfer gelten.[2] Nichts ist so begehrt wie der anerkannte Status einer diskriminierten Minderheit. Wer den einmal erworben hat, der hat gut lachen. Zumal dann, wenn dieser Status eine Ressource bildet, die für einzelne Akteure in Aufmerksamkeits- und Machtchancen umgesetzt werden kann.

An diesem Erfolgsmodell des ›progressiven Neoliberalismus‹ orientiert sich auch die Neue Rechte ziemlich erfolgreich. Wer will es ihr verdenken? Was neu ist an dieser Strategie, sollte man gleichwohl nicht übersehen. Traditionell beruft sich die politische Rechte zu ihrer Legitimation eher auf das heroische Opfer, auf den Tod fürs Vaterland. Das unschuldige Opfer hingegen ist eine »postheroische«[3] Figur und war auf der Rechten bislang ungebräuchlich. Wir hören heute nichts mehr von den Heldentaten ›unserer‹ Soldaten bei Auslandseinsätzen, sondern von ihren posttraumatischen Belastungsstörungen. Und von den Kampfpiloten der Bundeswehr lese ich heute in der Zeitung, dass sie ›am Limit‹ operieren und von Burnout bedroht sind. Die Wortführer der Neuen Rechten posieren zwar gerne als entschlossene Aufmischer, lieber aber noch als Opfer von linkem

2 Vgl. Erdl: »Die Legende von der politischen Korrektheit«.

3 Münkler: »Die neuen Kriege«.

Schuldkult und Moralterror. So bedient man den Mix aus empörtem Aktivismus und gefühlter Hilflosigkeit, der die Neue Rechte nährt.

Dieser neue Typ von Opferrolle hat eine globale begriffsgeschichtliche Quelle in dem Milieu, das gewöhnlich als ›postkolonial‹ apostrophiert wird: Indigene, von den Kolonisatoren verdrängte und dezimierte Populationen, die Nachkommen des weltweiten Sklavenhandels etc., die um Anerkennung ihrer Opferrolle bei den Nachkommen der (ökonomisch, militärisch und kulturell immer noch übermächtigen) Kolonialmächte kämpfen.

Die Interpretation dieser Motivlagen ist in Deutschland besonders komplex. Deutschland war nur eine zweitrangige Kolonialmacht. Auch die hat bekanntlich indigene Ethnien verdrängt, bekriegt, ausgebeutet und ausgerottet. Aber was die Kolonialmächte diesbezüglich an ihrer Peripherie angerichtet haben, das hat in Deutschland im eigenen Herrschaftsbereich *und* in den nach 1939 eroberten Gebieten zu einem präzedenzlosen Menschheitsverbrechen geführt: dem rassistischen Völkermord an den europäischen Juden. Aus dieser fatalen Vorgeschichte folgt, dass heute alle politischen Akteure in Deutschland, selbst die Sachwalter der Neuen Rechten, glauben, sich als unschuldige Opfer inszenieren zu müssen oder zu können. Dass Netanjahus Israel der Vorbild- und Modellstaat aller ethnozentrischen Rechtspopulisten ist, darf insofern als symptomatisch gelten. Auf der Vorderbühne ist die neue deutsche Rechte israelfreundlich, sie lädt den jüdischen Publizisten Henryk M. Broder ein, und sie entdeckt gerne Antisemitismus im liberalen *mainstream*. Kurz: Sie sichert ihre rechte Flanke gegen den hoch ansteckenden Antisemitismus-Vorwurf – und reklamiert den Opferstatus für sich und die eigene Klientele.

Aber diese postkoloniale Vorgeschichte erklärt alleine nicht den schwunghaften Handel, der von Anbietern höchst diverser *couleur* mit Varianten und Modellen der öffentlich anerkannten Opferrolle getrieben wird. Es ist dieser Handel, der die vom notorischen Erfolgs- und Selbstverantwortungsdruck der neoliberalen Kultur überforderten Individuen mit »Modellen legitimen Scheiterns«[4] versorgt. Nur der (anerkannte) Opferstatus erlaubt es Individuen und Gruppen, ihr Gesicht zu wahren, auch wenn sie die öffentlichen (und privaten) Erwartungen an Leistung und Verantwortung nicht erfüllen können. Paradox formuliert: Weil der Opferstatus zum Status eines moralisch legitimierten Akteurs avanciert ist, wird er bei allen Gruppen zu einer begehrten Ressource. Auch die AfD bietet ihn ihrer Kundschaft an.

Der im Kern sicher aufrichtige Wunsch der Liberalen, niemanden zu diskriminieren (man möchte schließlich alle ausbeuten!), steckt voller innerer Widersprüche, und die sind es, die seinen machtstrategischen Einsatz möglich machen. Gerade durch die, die erklärtermaßen diskriminieren wollen.

Mit der Ablehnung jeglicher Diskriminierung bestätigen sich die Gebildeten und Wohlhabenden gegenseitig, dass sie zur Gemeinschaft der Guten gehören.

4 Günther: »Ein Modell legitimen Scheiterns«.

Sie reden viel über diskriminierte Gruppen, aber sie reden in der Hauptsache miteinander und bestätigen sich gegenseitig ihre moralische Überlegenheit. Nach außen, in der exoterischen Kommunikation mit den politischen Gegnern, wirkt die Rhetorik der *Diversität* aber entwaffnend. Sie ermöglicht dem rechtspopulistischen politischen Gegner die Frage: »Wieso gehören *wir* nicht zur ach so erwünschten *Vielfalt?*« Die Profis auf beiden Seiten wissen natürlich, dass moralisierte Fassaden nur aufgezogen werden, um hinter ihnen und durch sie geschützt, beinharte Macht- und Interessenpolitik durchsetzen zu können. Dagegen ist der Moralist, der weiter zu den Guten gehören möchte, weitgehend hilflos.[5] Die Siegener Ereignisse illustrieren diese Hilflosigkeit. Und was man derzeit über ›rechte Kunst‹ und ›rechte Literatur‹ in den Feuilletons lesen muss, illustriert, dass dieses Muster auch anderweitig leicht implementiert werden kann. So haben Autoren Lesungen abgesagt, weil in der veranstaltenden Buchhandlung auch rechte Literatur zum Verkauf stand. Und bei der 26. Leipziger Jahresausstellung im Juni dieses Jahres hat man den AfD-nahen Künstler Axel Krause zunächst ein-, nach Protesten aber wieder ausgeladen. Für die Propaganda der AfD summieren sich solche Ereignisse zu der wirkungsvollen Parole, dass Kunst- und Meinungsfreiheit offenbar für die AfD nicht gelten.

[3] Die vorherrschende Medienstrategie der Neuen Rechten baut zu 100% auf der leider korrekten Erwartung, die liberale Öffentlichkeit (eine *linke* Öffentlichkeit gibt es durchaus nicht) sei mit wenigen Reizvokabeln zuverlässig auf die Empörungspalme zu bringen. Man wirft ihr einen Brocken hin, wie den ›Vogelschiss‹, die ›Umvolkung‹, das ›Denkmal der Schande‹, den ›Schuldkult‹ etc. Und die Empörungsmaschine läuft zuverlässig an. Dann tut man blauäugig und erstaunt, erklärt, so sei das nicht gemeint gewesen, rudert ein Stück zurück – und hat die liberale Medienszene zuerst ausgenutzt zur Maximierung der öffentlichen Aufmerksamkeit und dann als selbsternannte Moralerzieher des doch zweifellos mündigen Publikums vorgeführt. Man selbst ist dabei immer Opfer des linken und 68er-versifften Moralterrors. Das funktioniert mit nachgerade Pawlowscher Regelmäßigkeit. So wie Pawlows Versuchshunde nach einiger Zeit schon als Reaktion auf die Glocke Speichel absonderten, die das kommende Futter ankündigte, so fließt der Empörungssaft bei allen Äußerungen der AfD. Weise ist das nicht, weil man da den Multiplikator macht für die Ansichten und Deutungsmuster derer, die man eigentlich doch bekämpfen möchte. Aber die liberalen Medien sind nun einmal die besten Wahlhelfer der AfD - und das nicht nur in der Flüchtlingspraxis, wo sie lautstark moralisierend ablehnen, was die AfD fordert, und es begrüßen, wenn es die Liberalen tun. Und an der Parole *Meinungsfreiheit* schätzt die Rechte, dass man, mit ihrer Hilfe die toleranten Vielfaltsfassaden des progressiven Neoliberalismus zugleich ausnutzen und vorführen kann.

Genau darauf war das Konzept der Siegener Veranstaltung abgestellt, und es hat funktioniert. Eine Reaktion nach dem legendären Motto von Woody Allen

5 Vgl. Knobloch: »Das sogenannte Gute«.

(»Noch nicht mal ignorieren!«) wäre vermutlich weiser gewesen, aber natürlich auch schwer durchzuhalten, weil sich immer jemand findet, der bereit ist, eine Sache zu skandalisieren. Das macht die Aufmerksamkeitslogik der Medien, die man bei der AfD sehr genau kennt und einschätzen (und eben auch einsetzen) kann. Deren Strategen können sich einfach zurücklehnen und warten, bis jemand die stets erregungsbereiten Medien alarmiert. Das sorgt für ein Bild, in dem die Rechte ihre verfassungsmäßigen Rechte in Anspruch nimmt und von hysterischen Medien und linken Protestierern daran gehindert werden soll.

Eine zweite Konstante der rechtsradikalen Medienstrategie ist die bis zum Abwinken wiederholte Rede von der ›linken‹ Meinungsführerschaft in den Medien und Universitäten, deren Opfer man stets sei. Der Trick dabei ist, alles, was auf der Moral- und Wertebene halbwegs liberal-progressiv einherkommt, als ›links‹ oder ›linksradikal‹ umzukodieren. Die Linke im Sinne eines Kampfes um wirtschaftliche und politische Macht der abhängig Beschäftigten ist aus der Öffentlichkeit und dem Machtapparat weitestgehend verschwunden. Wer sich für eine wirklich einschneidende Beschränkung finanzkapitalistischer Verwertungsinteressen in den Bereichen der allgemeinen Daseinsfürsorge (Wohnen, Infrastruktur, Gesundheit, Energie etc.) einsetzt, über den fallen die liberal-progressiven Moralisten zuverlässig her. Und nicht nur sie, auch die Rechtspopulisten. Offenbar gilt: Gerade weil die eigentliche Linke mausetot ist, lässt sich ihre Macht öffentlich mystifizieren. Sie ist zu einem bequemen, leicht verfügbaren Gegner geworden, eben weil sie über keine faktische Meinungsmacht mehr verfügt.

[4] Nicht unerwähnt lassen sollte man den grotesken Höhepunkt der ganzen Geschichte, die ja bekanntlich an einer akademischen, wissenschaftlich, der Erkenntnis verpflichtete Institution, der Universität nämlich, stattgefunden hat. Was hat eine Universität mit der Meinungsfreiheit zu tun? Die Antwort ist einfach: Nichts. An einer Universität gilt (laut GG Artikel 5(3)) die Wissenschaftsfreiheit, nicht die Meinungsfreiheit. Zugelassen ist, was der Wissenschaftsbetrieb als zulässig erachtet (und eben nicht jede abstruse Meinung). Zur Illustration: Natürlich darf jeder der Meinung sein, es gebe keine Evolution, vielmehr habe der Schöpfer die heute vorfindlichen Arten allesamt so geschaffen, wie wir sie heute vorfinden. Dieser Glaube ist natürlich zulässig, aber wo würde es hinführen, wenn die Zulässigkeit dieses Glaubens jeden Evolutionsbiologen dazu verpflichtete, Kreationisten in seine Evolutionsvorlesung einzuladen, damit der ›Meinungsfreiheit‹ Genüge getan sei?

Der Siegener Sarrazin/Jongen-Zirkus lebte auch davon, dass unsere Medienöffentlichkeit nicht in der Lage ist, zwischen Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit zu unterscheiden. Das muss man freilich gleich wieder relativieren: Die Herren von der FAZ sind natürlich intellektuell in der Lage, diese Unterscheidung zu treffen, zogen es aber aus strategischen Gründen vor, sie nicht zu artikulieren.

Sichtbar wird in diesem Denkexperiment die Selbstreflexivität der Wissenschaft. Was heißt das? Der Soziologe Pierre Bourdieu hat einmal den schönen Satz formuliert: Ein guter Historiker ist jemand, den gute Historiker für einen guten

Historiker halten. Anders gesagt: die Kriterien für Zugehörigkeit zum wissenschaftlichen Diskurs lassen sich nicht objektivieren. Sie repräsentieren einen historisch relativen Konsens in der *scientific community* selbst. Aus der Erkenntnis dieser selbstbezüglichen Definitionsmacht folgt aber nicht, dass fortan jede Meinung wissenschaftlich zugelassen werden muss. Bei Meinungsfreiheit sind wir in der Politik und in der Öffentlichkeit, bei Wissenschaftsfreiheit sind wir in einem auf Erkenntnis spezialisierten gesellschaftlichen Funktionssystem. Es gibt ein strategisches Interesse, die Grenzen zwischen diesen beiden Systemen zu verwischen. In einer wissenschaftsreligiösen Gesellschaft wie der unseren, in der jede Meinung durch die Autorität von Experten gestützt und geadelt werden muss, sind diese Grenzen notorisch unbestimmt. Die Folgen für die Wissenschaft sind problematisch: Sie wird kommerzialisiert, politisiert und medialisiert.[6] Und die Uni Siegen hat dem organisierten Rechtspopulismus aktiv dabei geholfen, die Schwelle zur »Wissenschaft« zu überspringen. Vermutlich ohne es zu wollen.

Selbstverständlich ist die Universität auch ein Ort der politischen Debatte und des politischen Streits. Es wäre aber sinnvoll und ehrlich, politische Veranstaltungen auch als solche auszuflaggen. Dann gelten die Regeln der politischen Debatte, nicht die Regeln des Seminar- oder Vorlesungsbetriebs. Das Ärgernis sind eindeutig politische Veranstaltungen, deren Publikum gefesselt (und gewissermaßen als Geisel genommen) wird, weil es eben nicht am politischen Meinungsstreit teilnimmt, sondern nach den Regeln der akademischen Lehre (bis hin zum Erwerb von Kreditpunkten!) eingebunden ist. Bei der umstrittenen Siegener Veranstaltung handelte es sich um reguläre, grundständige akademische Lehre.

[5] Ein paar ganz alltagspolitisch-pragmatische Bemerkungen zum Beitrag von Herrn Jongen zum Seminar über Meinungsfreiheit am Schluss**:** An der Uni präsentiert die AfD-Fraktion weichgespülte Varianten der eigenen Positionen. Man warnt vor Fehlentwicklungen im Bereich der Meinungsfreiheit, die mit der (politisch korrekten) Sanktionierung kämpferischer und herabsetzender Redeweisen (*hate speech*) zu tun haben. Ganz recht, im Wissenschaftsbetrieb geht es (auch) um geregelte Gegnerschaft. Andere Ansichten als die eigenen sind erwünscht, sie schaffen eine Konstellation, in der jede Position unter hohem fachlichem Rechtfertigungsdruck steht. Wenn im Wissenschaftsbetrieb nur geht, was der Öffentlichkeit gefällig ist (oder was sich marktgerecht präsentiert oder was der herrschenden Lehre entspricht), dann ist das fatal für die Autonomie der Wissenschaft. Gerade weil die Grenze zwischen erwünschter wissenschaftlicher Gegnerschaft und politischer Feindschaft unbestimmt bleibt, weil die ›Autonomie‹ der Hochschulen mehr Programm als Realität ist, weil sie von denen, die sie predigen, strategisch durchlöchert worden ist, wird die Universität vom kompakten Akteur zum politischen Kampffeld. Bei den (im Allgemeinen professionell beratenen) Rechtspopulistischen versteht man es, sich diese ambivalente Konstellation zu Nutze zu machen.

6 Vgl. Weingart: »Die Stunde der Wahrheit?«.

Man weiß nämlich auch genau, wo unter den aufgeklärten Studierenden eine Bruchlinie verläuft. Die liegt zwischen den grün-alternativ-ökologischen und diversitätsfreundlichen Multikulturalisten auf der einen Seite, und denen, denen das »korrekte LGBTQ-, Frauen-, queer- und Minderheiten-Gesäusele« der Sprachempfindlichen eigentlich ziemlich auf den Keks geht. Diese beiden Gruppen will man strategisch zerlegen, gegeneinander ausspielen. Zwischen sie treibt man einen Keil, indem man die einen als fundamentalistisch überkodiert und die anderen (die vielleicht aus Vor- oder Rücksicht oder aus Furcht vor moralischen Sanktionen) nicht offen opponieren, zu ermutigen versucht. Man nährt den (nicht ganz unbegründeten) Verdacht, die Freunde der *Diversität* seien in erster Linie an der moralischen Aufwertung der Eigengruppe interessiert.

[6] Und ganz zum Schluss sollte man vielleicht noch daran erinnern, worauf sich in den Ländern, in denen rechtsradikale Aktivisten den politischen Machtapparat kontrollieren, diejenigen berufen, die im Netz und an der Öffentlichkeit zu Gewalttaten und Morden an (wirklichen und vermeintlichen) Linken aufrufen. Sie ahnen es schon: auf die Meinungsfreiheit. Wenn dann andere zu Mord und Gewalt übergehen, haben die Freunde der Meinungsfreiheit selbstverständlich nichts damit zu tun gehabt. Politische Kämpfe sind derzeit Veranstaltungen, in denen die semantische Dehnbarkeit allgemein akzeptierter Wertbegriffe wie *Meinungsfreiheit, Demokratie* erprobt wird. Das, wofür diese Begriffe stehen, darf öffentlich nicht in Frage gestellt werden. Es handelt sich um ›Konsensfiktionen‹. Man bekämpft sie, indem man dem Publikum vorführt, dass ihre Fürsprecher sich selbst nicht durch sie gebunden fühlen.

Was die Siegener Veranstaltung betrifft, so sind die Motive der Akteure m.E. weitestgehend entartikuliert und auf der Vorderbühne nicht zu sehen. Aber man muss ja nicht bis nach Polen reisen, um die starken ideologischen Affinitäten zwischen konservativ-katholischen Milieus (zu denen ich den Veranstalter des Seminars rechne) und dem neuen Rechtspopulismus zu bemerken.

LITERATURVERZEICHNIS

Erdl, Marc Fabian: Die Legende von der politischen Korrektheit: Zur Erfolgsgeschichte eines importierten Mythos, Bielefeld 2004.

Fraser, Nancy: »Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 20, Nr. 2, 2017. S. 71-76.

Günther, Klaus: »Ein Modell legitimen Scheiterns. Der Kampf um Anerkennung als Opfer«, in: Honneth, Axel/Lindemann, Ophelia/Voswinkel, Stephan (Hrsg.): Strukturwandel der Anerkennung. Paradoxien sozialer Integration in der Gegenwart, Frankfurt a.M. 2013, S. 185-248.

Knobloch, Clemens (2018): Das sogenannte Gute. Zur Selbstmoralisierung der Meinungsmacht, Siegen 2018.

Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek 2002.

Weingart, Peter: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist 2001.

Clemens Knobloch ist ein deutscher Linguist. Nach dem Studium der Germanistik und der Kommunikationswissenschaft in Bonn und Essen wurde Knobloch 1978/79 in Essen mit einer kommunikationswissenschaftlichen Dissertation promoviert. Ab 1976 war er Mitarbeiter an der Bonner Forschungsstelle des Instituts für deutsche Sprache im Projekt »Ost-West-Wortschatzvergleiche«. Nach seiner Promotion wechselte er 1980 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an die Universität (GH) Siegen, wo er sich 1986/87 mit einer Arbeit über die Geschichte der deutschen Sprachpsychologie habilitierte. Seit 1991 ist Knobloch Professor am Fachbereich 3 Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaften (später Philosophische Fakultät) der Universität Siegen, seit dem 1. April 2016 ist er emeritiert.